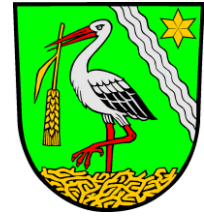


Statement der Gemeinde Gerstungen nach Presseberichten:



"Anklage entlarvt System K+S"

Wie die Wirtschaftswoche in ihrer heutigen Ausgabe berichtet, soll es die Anklage gegen Steiner und Co von K+S sowie Vertretern des Landesbergamtes in sich haben.

Ein System von Trickereien soll von vorneherein dafür gesorgt haben, dass an Recht und Gesetz vorbei das Grundwasser unter Gerstungen als billige Entsorgungsdeponie für K+S Abwässer dienen sollte.

Bürgermeister Hartung erklärt hierzu:

"Die gesamte Argumentation von K+S in den Verfahren, dass die Versalzung des Grundwassers auf natürliche Ursachen beruhe, soll sich als abgesprochene Trickerei herausgestellt haben. Unabhängig davon, wie das Landgericht Meiningen in strafrechtlicher Hinsicht entscheiden wird, kann bei diesen Vorwürfen von rechtsstaatlichem Verwaltungshandeln nicht mehr gesprochen werden."

Aufgrund der in den letzten Wochen bekannt gewordenen Vorkommnisse auch in Hessen - siehe E-Mail Affäre mit Manipulationsverdacht durch K+S Anwälte, K+S Mitarbeiter und Mitarbeiter des Regierungspräsidiums Kassel - kann daher von einem Gesamtsystem K+S ausgegangen werden.

Dies dürfte auch die derzeitigen Genehmigungsverfahren und die aktuelle Versenkerlaubnis wiederum mehr als nur in Zweifel ziehen.

Auch wenn sich die Umweltminister der Flussgebietsgemeinschaft Weser zur Abstimmung über die neuen Maßnahmen zur Eindämmung der Salzbelastung an Werra und Weser treffen werden, muss die Versenkung ausgeschlossen werden.

"Welcher Politiker heute noch ernsthaft in Erwägung zieht, die Versenkung sei ein zulässiges Mittel für die Entsorgung von Salzabwasser, der stellt sich außerhalb des Rechtsstaats", so Werner Hartung."

Was nunmehr bekannt wurde, bestätigt den Verdacht der Gemeinde von Anfang an, dass offenbar mit „gezinkten Karten gespielt“ wurde.